

28.09.2023

Beschlussempfehlung und Bericht

des Wissenschaftsausschusses

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/2555

Chancen der Harmonisierung von Schul- und Semesterferien nutzen!

Berichterstatter Abgeordneter Prof. Dr. Daniel Zerbin

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 18/2555 - wird abgelehnt.

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag „Chancen der Harmonisierung von Schul- und Semesterferien nutzen!“, Drucksache 18/2555, wurde durch das Plenum nach der 1. Lesung am 25. Januar 2023 zur federführenden Beratung an den Wissenschaftsausschuss sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung zur Mitberatung überwiesen. Die abschließende plenare Beratung und Abstimmung sollen nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des Wissenschaftsausschusses erfolgen. Mittels einer Harmonisierung von vorlesungsfreier Zeit und den Schulferien soll gemäß den Antragstellern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Studierende und Beschäftigte im Forschungs- und Hochschulbereich erreicht werden.

B Beratung

Der Wissenschaftsausschuss befasste sich mit dem Antrag erstmalig in seiner Sitzung am 8. Februar 2023 und beschloss die Durchführung einer Anhörung. Der zur Mitberatung aufgerufene Ausschuss für Schule und Bildung teilte mit, sich pflichtig an der Beratung beteiligen zu wollen. Die geladenen Sachverständigen sind der Einladung 18/250 zu entnehmen.

Die Sachverständigen wurden gebeten, im Vorfeld der Anhörung schriftlich Stellung zu dem Antrag zu nehmen. Zum Zeitpunkt der Anhörung am 19. April 2023 lagen folgende Stellungnahmen vor:

Urheber/in	Stellungnahme
Landesrektorenkonferenz der Universitäten e.V.	18/465
Hochschulen NRW – Landesrektor_innenkonferenz der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften e.V.	18/443
Juniorprofessorin Dr. Amrei Bahr Institut für Philosophie an der Universität Stuttgart	18/463
Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und Universitätsklinika des Landes Nordrhein-Westfalen	18/449
Eltern Netzwerk Ruhr-Universität Bochum	18/452

Zudem gingen dem Ausschuss folgende unverlangte Stellungnahmen ein:

Landesrektorenkonferenz der Kunst- & Musikhochschulen NRW	Stellungnahme 18/460
Landesjugendring Nordrhein-Westfalen	Stellungnahme 18/447

Die Anhörung ist im Ausschussprotokoll 18/218 dokumentiert.

Der mitberatende Ausschuss für Schule und Bildung votierte in seiner Sitzung am 17. Mai 2023 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die

Stimmen der Fraktionen der SPD und der FDP bei Enthaltung der Fraktion der AfD für eine Ablehnung des Antrags, Drucksache 18/2555.

Der Antrag „Chancen der Harmonisierung von Schul- und Semesterferien nutzen!“ wurde am 6. September 2023 im federführenden Wissenschaftsausschuss aufgerufen. Zu der geplanten abschließenden Beratung und Abstimmung war ein Tag zuvor ein Änderungsantrag, Drucksache 18/5733, der Fraktion der SPD eingereicht worden. Der Ausschuss entschied daraufhin, die Abstimmung auf die nächste Sitzung zu verschieben, um den Fraktionen die Gelegenheit zu geben, den Änderungsantrag beraten zu können.

In der Sitzung am 27. September 2023 wurde der Beratungsgegenstand final aufgerufen:

Die Fraktion der SPD hob hervor, dass der Antrag auf ein positives Echo sowohl bei den Studierenden und Beschäftigten im Forschungs- und Hochschulbereich als auch bei den Sachverständigen in der Anhörung gestoßen sei. Die Anhörung hätte gezeigt, dass die Sachverständigen ein bundesweit koordiniertes Vorgehen für wünschenswert hielten, aber Nordrhein-Westfalen mit gutem Beispiel voran gehen könne. Im Änderungsantrag habe man die Anregungen aus der Anhörung hinsichtlich der Einschreibezeiten aufgegriffen, erklärt die SPD.

Die Fraktion der FDP erklärte, beiden Anträgen zustimmen zu wollen. Sie fände es positiv, dass die aus ihrer Sicht plausiblen Anregungen aus der Sachverständigenanhörung im Änderungsantrag aufgenommen wurden.

Der Antrag behandle eine bundesweite Thematik kritisierte die Fraktion der CDU hingegen. Sie vertrete keine andere Auffassung als in der letzten Sitzung. Auch sei die Anhörung nicht so eindeutig positiv zum Antrag ausgefallen, wie nun dargestellt. Insgesamt erscheine die Abweichung von Schul- und Semesterferien als nicht so dramatisches Problem, wie im Antrag formuliert. Dem grundlegenden Thema, der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf an Hochschulen, schließe sich die CDU vollumfänglich an, aber die Anträge werde man ablehnen.

Die Fraktion der FDP fragte daraufhin bei der Fraktion der CDU nach, ob denn ein noch besserer Antrag seitens der Koalitionsfraktionen geplant sei. Woraufhin entgegnete die Fraktion der CDU, dass die Verbesserung der Familienfreundlichkeit an Hochschulen ein generelles Thema des Koalitionsvertrags sei.

Die Fraktion der AfD kündigt an, sich sowohl bei dem Änderungsantrag als auch bei dem Antrag selbst enthalten zu wollen. Auch aus ihrer Sicht hätte die Anhörung kein eindeutiges Bild ergeben.

Die Fraktion der SPD betonte abschließend, dass bis zur plenaren Debatte eine gemeinsame Initiative möglich wäre, wenn den Fraktionen das Ziel dieses Antrags am Herzen liege.

Zur vollständigen Diskussion wird auf das später vorliegende Ausschussprotokoll 18/359 verwiesen.

Sodann wurde der Änderungsantrag, Drucksache 18/5733, zur Abstimmung gestellt. Mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der FDP bei Enthaltung der Fraktion der AfD wurde der Änderungsantrag am 27. September 2023 abgelehnt.

Im Anschluss wurde über den Antrag, Drucksache 18/2555, abgestimmt. Bei der Abstimmung wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen

die Stimmen der Fraktionen der SPD und der FDP bei Enthaltung der Fraktion der AfD abgelehnt.

C Ergebnis

Der Wissenschaftsausschuss empfiehlt, den Antrag „Chancen der Harmonisierung von Schul- und Semesterferien nutzen!“, Drucksache 18/2555, abzulehnen.

Professor Dr. Daniel Zerbin
Vorsitz